



# Schwarzer Donnerstag

**Großbritannien** Das Volk hat entschieden, der Brexit kommt. Die Insel steht vor einer Phase politischer Unsicherheit. Europa muss sich auf zermürbende Jahre der Verhandlungen einstellen und auf andere Staaten, die es den Briten gleichtun.

**D**rei Wochen vor dem großen Knall steht Michael Gove auf einer Dachterrasse im Londoner East End und erzählt, wie toll er Europa findet. Deutsche Musik, italienisches Essen, französische Lebenslust, ach, er liebt diesen herrlichen Kontinent. Gove ist Justizminister im Kabinett von David Cameron und ein Vordenker der Brexit-Kampagne. Er sagt: „Ich habe in Frankreich geheiratet, meine Schwiegereltern leben in Italien. Voriges Jahr waren wir in Bayreuth im Urlaub, wunderschön.“ Er findet aus dem Schwärmen gar nicht mehr heraus.

Nur eines stört ihn an Europa: die verdammte EU. Gove nennt die Union eine „Job vernichtende, Elend erzeugende, Arbeitslosigkeit schaffende Tragödie“. Seit Jahren kämpft er für den Austritt. Gove ist ein Überzeugungstäter, ein Ideologe. Seinem strategischen Geschick ist zu verdanken, dass die EU-Gegner in den Wochen vor dem Referendum immer mehr Zuspruch bekamen.

In einem Raum nebenan warten Brexit-Aktivisten mit Plakaten und „Vote Leave“-T-Shirts, Gove soll sie für den Endspurt motivieren. Er rückt seine Krawatte zu recht und sagt, bei den Bayreuther Festspielen habe er eine Woche lang auf einer Holzbank gesessen und Wagner gehört. „Das war absolute Hingabe.“ Noch ein Beleg, wie sehr er den Kontinent mag. Dann bittet ihn ein Berater auf die Bühne.

Man muss sich Gove und seine Anhänger seit Freitagmorgen als glückliche Menschen vorstellen. Sie sind am Ziel. Am Donnerstag stimmten laut dem aktuellen Stand vom Freitagmorgen 52 Prozent der Briten für den Austritt aus der EU. Es ist eingetreten, was viele in Europa zunächst nicht ernst nahmen, dann fürchteten und schließlich nicht mehr verhindern konnten.

Um kurz nach vier Uhr Londoner Zeit tritt Ukip-Chef Nigel Farage als einer der ersten in der Nacht zum Freitag vor die Kameras und sagt, dies sei ein Sieg für echte, normale, anständige Menschen. Farage fordert Premierminister Cameron zum sofortigen Rücktritt auf. Zu diesem Zeitpunkt sind erst 237 von 382 Wahlbezirken ausgezählt. Wenige Minuten später fällt das britische Pfund gegenüber dem Dollar auf den tiefsten Stand seit 1985.

Schottland, London und Nordirland stimmen zwar eindeutig für den Verbleib in der EU, aber das reicht nicht. Im Rest des Königreichs sieht es düster aus, das Brexit-Lager baut in der Nacht kontinuierlich und eindeutig seinen Vorsprung aus. Um 5.40 Uhr legt sich die BBC erstmals fest: Es wird den Brexit geben. Der ein-

**London am Morgen nach der Abstimmung**  
Von nationalen Egoisten und Furcht befeuert

flussreiche Labour-Abgeordnete Keith Vaz nennt das Ergebnis „eine Katastrophe“; EU-Parlamentspräsident Martin Schulz spricht kurze Zeit später von „einer echten Krise“. BBC-Journalisten erklären betroffen, nie hätten sie gedacht, ein solches Votum kommentieren zu müssen. Großbritannien wird der erste europäische Staat sein, der die Gemeinschaft verlässt.

Der 23. Juni wird als schwarzer Donnerstag in die europäische Geschichte eingehen. Es ist der Tag, an dem sich eine Nation entschloss, einem Impuls von Nostalgie und Freiheitsdrang zu folgen und gegen die Vernunft zu handeln. Gegen die Mehrheit des Parlaments, gegen den Rat von Ökonomen, Politikern, Wissenschaftlern, Freunden und Verbündeten in aller Welt. Es ist eine von nationalen Egoismen geprägte, von Furcht und Weltmüdigkeit befeuerte, aber nichtsdestotrotz demokratische Entscheidung.

Für Europa ist der größte anzunehmende Unfall der jüngeren Vergangenheit eingetreten. Ein politisches Desaster, das über die europäischen Grenzen weit hinausreicht, ein selbst gemachtes Unglück auch. Es hilft nicht mehr zu wünschen, das Referendum hätte nie stattgefunden, es hilft auch nicht, David Cameron zu verfluchen. Denn die bittere Wahrheit dieses Donnerstags ist: Die Europäische Union, wie sie heute ist, konnte die Briten nicht begeistern. Das ist die wichtigste Lektion.

Für Europa geht es nun darum, den Schaden zu begrenzen und den Verlust zu minimieren, indem es die Trennung vorbereitet. Großbritannien steht vor einer wirtschaftlich wie politisch turbulenten Phase, mit einem stark angeschlagenen Premierminister, der sich vermutlich nicht mehr lange wird halten können. Für beide Seiten, für Briten wie Europäer, wird die Trennung zäh und schmerzhaft werden.

Der 23. Juni ist auch der Tag, an dem die Idee eines vereinten und sich enger verbindenden Kontinents verwelkt. Niemand weiß genau, was nun kommen wird. Gewiss ist nur, dass die Versprechen der Brexit-Kämpfer von einer Reduzierung der Einwanderung, von Handelsverträgen mit Indien und China, von einem neuen Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand sich nicht erfüllen werden. Jedenfalls nicht in den nächsten fünf oder zehn Jahren.

Mit Großbritannien geht nicht irgendein Land, sondern die zweitgrößte Wirtschaftsnation der EU und das nach Einwohnern drittgrößte Mitglied. Es geht ein Staat, der Europa politisch, kulturell und wirtschaftlich geprägt hat und den Horizont des Kontinents weitete. Die Briten halfen, Europa von Hitler zu befreien, sie trieben den Binnenmarkt voran und orchestrierten die Erweiterung. Die britisch-europäischen Beziehungen stehen vor einer neuen Eiszeit.



Ukip-Chef Farage in der Nacht zum Freitag: „Ein Sieg für anständige Menschen“

Nach innen wird die Union durch die Entscheidung der Briten womöglich auf Jahre gelähmt. Staats- und Regierungschefs, Minister und Diplomaten werden viel Kraft und Zeit aufwenden müssen, um die Modalitäten des Ausstiegs zu verhandeln und eine neue Form der Kooperation zu finden. Der Brexit sendet zudem das Signal, dass Europa bröckelt und nicht in der Lage ist, in einer Phase größter Umwälzungen zusammenzustehen – selbst dann nicht, wenn in der Nachbarschaft Autokraten wie Putin und Erdoğan ihre zynischen Spiele treiben.

Die Europäische Union hat ihre Wurzeln in der Nachkriegszeit, als verfeindete Staaten nach einer Möglichkeit suchten, blutige Konflikte zu verhindern, indem sie

## Großbritannien geht! Man muss das noch einmal schreiben, um es zu glauben.

wirtschaftlich miteinander kooperierten. Großbritannien zählte von Anfang an zu den Förderern des Bündnisses, auch wenn die Insel stets Abstand zum Kontinent hielt. Erst 1973 trat das Land der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei, zwei Jahre später bestätigte das Volk in einem Referendum die Mitgliedschaft.

Jahrzehnte des Zusammenseins werden mit dem Ausstieg hinweggefegt. Vor Europa liegen zermürbende Jahre. Die Verhandlungen beginnen offiziell, wenn Großbritannien dem Europäischen Rat die Absicht des EU-Austritts nach Artikel 50 des Lissabon-Vertrags mitteilt. Das kann Monate dauern. Von diesem Moment an bleiben der EU und Großbritannien zwei Jahre, um die Trennung zu vollziehen, so-

fern die Frist nicht einstimmig verlängert wird. Zwei Jahre, in denen die britische Regierung europäisches von britischem Recht entflechten muss. Zwei Jahre, um Tausende kleiner und großer Fragen zu klären und das Austrittsabkommen abzuschließen. Gleichzeitig wird zu klären sein, wie sich das britisch-europäische Verhältnis gestalten soll.

Wie werden sich die Handelsbeziehungen entwickeln? Was geschieht mit den rund drei Millionen EU-Bürgern, die in Großbritannien leben? Was mit den ungefähr zwei Millionen Briten in Europa? Welches Arbeitsrecht gilt für sie, welches Aufenthaltsrecht? Verfassungsexperten gehen davon aus, dass die Verhandlungen bis zu zehn Jahre dauern könnten.

Für Premierminister David Cameron ist der Brexit eine politische wie persönliche Katastrophe. Wie kein anderer Politiker hat er sein Schicksal mit dem Referendum verknüpft. Er wollte die Europafrage in seiner Partei ein für alle Mal klären und wurde unfreiwillig zum Ausstiegshelfer. Er geht jetzt als britischer Premier in die europäische Geschichte ein, der sein Land aus der EU führte und damit Wohlstand, Jobs und Sicherheit riskierte. Nicht nur für England, auch für Europa.

Keine Frage, dass er bald abtritt; wenn nicht in den nächsten Tagen, dann spätestens im Herbst vor dem Parteitag der Konservativen. Für Großbritannien wäre ein verzögerter Abgang des Premiers noch die beste Option, um das Chaos und die Unsicherheit der kommenden Wochen zumindest einzudämmen. Schwer vorstellbar aber, dass Cameron die Verhandlungen mit der EU als Premier führen wird.

Das Amt könnte Boris Johnson übernehmen. Der frühere Londoner Bürgermeister war neben Michael Gove der zwei-



**EU-Gegner Johnson nach Stimmabgabe:** Wird er der nächste Premierminister?

te entscheidende Kämpfer für den EU-Austritt. Johnson gilt als schlauer, erbarmungslos ehrgeiziger, gleichzeitig aber unberechenbarer Politiker. Beim Volk ist er beliebt. Als Chef der britischen Unterhändler in Brüssel ist er schwer vorstellbar.

Großbritannien geht! Man muss das noch einmal schreiben, um es zu glauben. Der Brexit ist kein Stammtischthema mehr, sondern die Realität. Der Albtraum ist wahr geworden, und Europa fragt sich, wie es eigentlich so weit kommen konnte.

Seit Anfang der Neunzigerjahre garte die Idee eines EU-Austritts unter Konservativen. Anfangs nur als Wunschfantasie einiger Tory-Hinterbänkler, die ihrem Premierminister John Major das Leben schwer gemacht hatten. Sie wollten damals verhindern, dass Großbritannien den Maastricht-Vertrag ratifizierte, der den Euro als Gemeinschaftswährung festschrieb. Am Ende unterlagen die Rebellen zwar, aber die Saat des Aufstands war gestreut.

Als Cameron 2005 zum Vorsitzenden der Konservativen gewählt wurde, war seine Partei vor allem wegen der Europafrage tief zerstritten. Auf der einen Seite standen Skeptiker wie Michael Gove, ein langjähriger Freund Camerons, auf der anderen Pro-Europäer wie Kenneth Clarke. Cameron wollte, dass sich die Tories öffnen und sich wieder der Realität zuwenden.

„Während Eltern sich über die Betreuung ihrer Kinder Gedanken machen, ihren Nachwuchs zur Schule bringen und das Arbeits- mit dem Familienleben vereinbaren, lassen wir uns endlos über Europa aus“, sagte er in seiner ersten Rede als Parteivorsitzender. Es war ein Aufruf, sich endlich zusammenzureißen. Cameron wusste, dass den meisten Briten Europa herzlich egal ist. Seit 1974 stellen die Demoskopien von Ipsos Mori den Wählern re-

gelmäßig dieselbe Frage: „Was ist aus Ihrer Sicht das größte Problem, vor dem dieses Land steht?“ Europa und die EU rangieren auf der Problemliste meistens weit unten. Selbst einen Monat vor dem jetzigen Referendum sagte weniger als ein Drittel, Europa sei das relevanteste Thema.

Britische Europapolitik vollzieht sich in Zyklen. Phasen großen Engagements wechseln sich mit solchen der Enttäuschung, der Frustration und des Rückzugs ab. Der letzte engagierte Europäer in der Downing Street war Tony Blair, zumindest in den Anfangsjahren. Noch 2002 warb er für einen Beitritt zum Euro, was den meisten seiner Landsleute im Nachhinein verrückt erscheint. Blair trieb die Osterweiterung der Union voran, weil er glaubte, dadurch die Integration zu bremsen. Er hatte wenig Erfolg: Die EU-Verträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon führten schrittweise in ein immer engeres Bündnis. Großbritannien folgte widerwillig. Je mehr Macht sich nach Brüssel verlagerte, desto lauter wurde der Unmut der Tories. Viele der heutigen Europagegner entwickelten ihren Furor in jenen Blair-Jahren aus dem Gefühl heraus, einem schleichenden Machtverlust ausgeliefert zu sein.

Als Cameron 2010 an die Macht kam, musste er die Tories besänftigen. Er galt als schwacher Premier, weil er die Wahl nicht mit einer Mehrheit gewonnen hatte, sondern auf die Unterstützung der Liberaldemokraten angewiesen war. Zuvor hatte er die Tory-Abgeordneten aus der EVP-Fraktion im Europaparlament abgezogen, zum Ärger von Angela Merkel. Doch auch das beruhigte die parteiinternen Hardliner nicht, zumal die Rechtspopulisten der Unabhängigkeitspartei Ukup den Tories bei Lokalwahlen Stimmen wegnahmen. Cameron ging deshalb eine gewagte Wette

ein. Er kündigte für den Fall seiner Wiederwahl eine groß angelegte Neuverhandlung der britisch-europäischen Beziehungen an, der ein Plebiszit folgen sollte.

In einer Rede im Januar 2013 versprach er einen „fundamentalen Wandel“ im Verhältnis zur EU. Vor allem stellte er in Aussicht, die Zahl der Migranten aus den EU-Ländern massiv zu beschränken.

Die Europaskeptiker entwickelten nun einen Plan, um den Premier zu erpressen. Sie formulierten Maximalforderungen, die Cameron unmöglich erfüllen konnte. Ein Austritt aus der EU wäre dann nahezu unausweichlich. Einer, der sich Gedanken machte, wie sich die Regierung möglichst effizient unter Druck setzen ließe, war ein ruhiger, zurückhaltender Mann mit randloser Brille und der Aura eines Sparkassenangestellten.

**M**atthew Elliott sitzt eine Woche vor dem großen Knall in einem Café an der Themse. Er hat hervorragende Laune. Gegenüber leuchtet der Palast von Westminster wie eine Spielzeugkiste. Elliott gründete 2013 die Initiative „Business for Britain“, in der er europaskeptische Unternehmer vereinte. Es war der erste wichtige Schritt auf dem Weg zum Brexit. Die Unternehmer sollten den EU-Gegnern zu mehr Seriosität verhelfen.

Elliott glaubte schon damals nicht, dass Camerons „fundamentaler Wandel“ kommen würde. Dafür kannte er die EU zu gut. Anfang der Nullerjahre hatte er in Brüssel als Berater eines Tory-Europaabgeordneten gearbeitet, später kämpfte er auf der Insel gegen zu hohe Staatsausgaben und gegen die Demokratisierung des Wahlrechts. Inzwischen ist er der Chef der „Vote Leave“-Kampagne. Von der EU spricht er wie von einer radioaktiv kontaminierten Zone. „Glaube ich, dass Großbritanniens Zukunft besser außerhalb der Union liegt? Hundert Prozent.“ Der Klub sei überreguliert, die Eurozone werde über kurz oder lang implodieren. Er lächelt.

Elliott lag richtig mit der Annahme, dass Cameron zwar Zugeständnisse in Brüssel bekam, die ihm aber innenpolitisch nicht viel helfen würden. Schnell wurde deutlich, dass die restlichen Europäer nicht bereit waren, den Briten allzu sehr entgegenzukommen. Bundeskanzlerin Merkel machte Cameron persönlich klar, dass das Recht der EU-Bürger, ihren Aufenthaltsort und Arbeitsplatz innerhalb der Union frei zu wählen, nicht verhandelbar sei.

Cameron speckte daraufhin seine Forderungen für die Verhandlungen deutlich ab. Im vorigen Dezember verlangte er nur noch, dass Arbeitnehmern aus der EU bis zu vier Jahre die Sozialleistungen gestrichen werden dürfen. Außerdem sollte die Präambel aus dem Lissabon-Vertrag, die alle Länder der EU dem Ziel einer „immer engeren Uni-

on“ verpflichtet, für sein Land nicht mehr gelten. Zudem wollte er die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und die Benachteiligung von Nicht-Euro-Ländern aufheben.

Schließlich kam die lange Brüsseler Gipfelnacht vom 19. auf den 20. Februar, die Cameron als harten Verhandler zeigen sollte. Kurz vor Mitternacht verkündete er: „Großbritannien ist nun dauerhaft draußen aus einer immer engeren Union und wird nie Teil eines europäischen Superstaates sein.“ Er habe auch eine „rote Karte“ ausgehandelt, mit der nationale Parlamente Brüsseler Entscheidungen stoppen könnten. Die Antwort aus London folgte schnell. „Das soll ein Deal sein, Dave?“, stand auf der Titelseite der „Daily Mail“. Damit waren die Kampflinien abgesteckt.

Matthew Elliott glaubt, dass der Brexit nur der Anfang ist. „Hinter uns wird sich eine Schlange bilden“, sagt er. Etliche Staaten würden dieselben Konditionen verlangen, die Großbritannien bei den anstehenden Verhandlungen in Brüssel unweigerlich bekommen werde. Dänemark, Schweden, Irland und viele Länder mehr würden ebenfalls Sonderrechte verlangen. Das könnte das Ende der EU als politisches Projekt einläuten. Europa wäre dann endlich frei. Elliott lächelt wieder.

Allerdings dürften die kommenden Wochen nicht ganz so harmonisch werden, wie sich die Brexit-Bewegung das vorstellt. In der Bundesregierung gilt nach dem Referendum gegenüber den Briten die Devise: Härte zeigen. „In is in. Out is out“, hatte Wolfgang Schäuble im SPIEGEL-Gespräch vorvergangene Woche gesagt. Ein Entgegenkommen werde es nicht geben.

Für Merkel ist das britische Votum eine Niederlage. Sie hat sich wie keine Zweite für einen Verbleib Londons in der EU eingesetzt. Schon früh sagte die Kanzlerin ihrem Amtskollegen Cameron, dass sie zwar keine grundlegende Änderung der Verträge mittragen könne, aber unterhalb dieser Schwelle alles tun würde, um ihm zu helfen. Umso enttäuschter war sie, als sie von Cameron keine Unterstützung für ihre Flüchtlingspolitik erhielt. Zwar sieht man im Kanzleramt, dass eine Politik der offenen Grenzen den Brexit-Befürwortern in die Hände gespielt hätte. Dennoch hat man in Merkmals Umgebung das Gefühl, von den Briten im Stich gelassen worden zu sein.

Der Ausstieg der Briten soll gemäß des Lissabon-Vertrags erfolgen. Allerdings haben sich Merkel und Steinmeier darauf verständigt, London nicht zu drängen, die Prozedur formell in Gang zu setzen. Zunächst müsse die innenpolitische Lage geklärt werden. „Wir müssen ja erst mal jemanden haben, der die Legitimation hat, die Briten aus der EU zu führen“, sagt ein Regierungsmitglied. „Wir wollen London die nötige Zeit geben, die Dinge zu Hause zu klären.“



Börse in Chicago nach der Abstimmung: Das britische Pfund fällt und fällt

Vor allem in der CDU, aber auch im Kanzleramt gibt es Überlegungen, wie man die Briten trotz Brexit langfristig weiter an die EU binden könne. Es nütze niemandem, die wirtschaftlichen Beziehungen unnötig zu beschneiden, heißt es in der Regierung. Allerdings sei klar, dass es freien Zugang zum Binnenmarkt nur geben werde, wenn die Briten den EU-Bürgern auch weiterhin die gleichen Rechte zubilligten. Das heißt: kein Zutritt zum Markt ohne Freizügigkeit, ohne die Akzeptanz von Einwanderern aus Europa.

Der Brexit hat Auswirkungen bis tief in die deutsche Politik hinein. Nach der Entscheidung der Briten will CSU-Chef Horst Seehofer auch in Deutschland bundesweite Referenden durchsetzen. „Bürgerbeteiligung ist der Kern moderner Politik“, sagt Seehofer. Das gelte auch für große Fragen, wie eine Änderung des Grundgesetzes oder bei der Europapolitik. Daran ändere auch die Tatsache nichts, dass die Briten für den Austritt gestimmt hätten. „Man kann nicht sagen, wir sind für Volksentscheide, solange sie in unserem Sinne ausgehen. Wenn man verliert, war die Politik nicht gut oder man sie hat sie nicht gut genug erklärt.“

Für die europäische Wirtschaft werden die kommenden Monate ungemütlich. Die Notfallpläne der Europäischen Zentralbank (EZB) und anderer Notenbanken machen einen Crash, ausgelöst durch Fehlspekulationen, zwar unwahrscheinlich. Ausgeschlossen ist er jedoch nicht. Gravierender dürften die mittelfristigen Folgen für die Finanzbranche sein.

Seit der Gründung des Binnenmarkts haben Investoren und Finanzinstitute aus aller Welt London als Brücke in die EU genutzt. Kein Land exportiert so viele Finanzdienstleistungen wie Großbritannien,

ein Drittel davon in die EU. Folglich sei es für den Finanzsektor eine große Gefahr, wenn er den Zugang zum Binnenmarkt verliere, warnt der Internationale Währungsfonds. Die EZB wird kaum zulassen, dass große Teile des Euro-Devisenhandels wie bisher in London betrieben werden – Euro-Devisengeschäfte im Wert von täglich über 750 Milliarden Dollar. Geht der Euro-Handel, gehen auch die Händler. Ähnlich ist es mit vielen Finanzprodukten. Die größte britische Bank HSBC erwägt, Teile nach Luxemburg zu verschieben. Die amerikanische Bank J. P. Morgan hat angekündigt, bis zu 4000 britische Jobs könnten dem Brexit zum Opfer fallen. Die meisten US-Konkurrenten sehen das ähnlich. Konzerne wie die Deutsche Bank prüfen, ganze Abteilungen auf den Kontinent zu verlagern. Der britische Finanzsektor könnte – im Vergleich zum „Remain“-Szenario – zwischen 70 000 und 100 000 Arbeitsplätze einbüßen, schätzt die Beratungsgesellschaft PwC.

Die Phase der Unsicherheit wird Europa ökonomisch lähmen. Die Frage ist, wie geht es nun weiter?

Zwei Tage vor dem Knall steigen vier Frauen und zwei Männer in der Londoner Wembley-Arena auf die Bühne. Die BBC hat zu einer Abschlussdebatte geladen, unter den Kontrahenten an den Stehpulsten sind Boris Johnson und die deutschstämmige Labour-Frau Gisela Stuart, die beide für den Brexit kämpfen. Für die Gegenseite treten der neue Londoner Bürgermeister Sadiq Khan und Ruth Davidson an, die Chefin der schottischen Konservativen.

Es dauert nicht lange, bis in Wembley deutlich wird, wie tief das Land gespalten ist. Boris Johnson ruft: „Wir müssen wie-



**Premier Cameron, Ehefrau:** Eine persönliche wie politische Katastrophe

der die Kontrolle über unsere Grenzen haben.“ Sadiq Khan entgegnet: „Ihr verbreitet Lügen und jagt den Leuten Angst ein.“

Die drei Brexit-Kämpfer punkten vor allem in Fragen der Immigration. Das Remain-Lager warnt vor einer Wirtschaftskrise und der außenpolitischen Isolation. Nach 90 Minuten verlassen die beiden Männer und die vier Frauen die Bühne – keiner als Sieger. Am frenetischen Applaus für die Brexit-Leute kann man aber ablesen, welche Seite die leidenschaftlicheren Anhänger besitzt.

Das Votum des schwarzen Donnerstags stärkt auch die Europagegner in anderen Mitgliedstaaten. In den Niederlanden wünscht sich rund die Hälfte der Wähler ein Plebiszit. Käme es dazu, würde nach aktuellen Umfragen eine Mehrheit für den Verbleib in der EU stimmen, wenn auch eine knappe. Ähnlich in Dänemark. In Schweden wären bei einem Plebiszit nur 32 Prozent für den Verbleib in der EU. Der Brexit offenbart, welche Zentrifugalkräfte auf dem Kontinent wirken. Im Mittelpunkt steht nicht mehr die Frage, was die Länder verbindet, sondern wie unterschiedlich die Nationen sind. Das Trennende rückt in den Vordergrund. Sogar in Italien, einem der sechs Gründerstaaten, hat fast die Hälfte der Befragten eine schlechte Meinung über die EU.

Ähnliches würde man in Osteuropa erwarten, zumal Ungarn, Tschechien und die Slowakei zuletzt eine gemeinsame Haltung in der Flüchtlingspolitik verhindern. Doch selbst die größten Skeptiker dort fordern keinen Austritt. Europa ist zu wichtig für den Osten. Ungarns Premierminister Viktor Orbán hat diese Woche für 32 000 Pfund eine ganzseitige Anzeige in der „Daily Mail“ schalten lassen, in der er die Briten anflehte, die EU nicht zu verlassen.

In Osteuropa fürchtet man, dass mit den Briten ein wichtiger politischer Partner geht, ein Exportmarkt wegbricht und die deutsche Dominanz deutlicher zutage tritt. Für Estland, Lettland und Litauen war London ein Fürsprecher eines harten Kurses gegenüber Moskau – im Gegensatz zu Deutschland. In Frankreich dagegen löst der Brexit bei einer Frau Gefühle des Glücks aus. Marine Le Pen sagte immer wieder, Brüssel sei wie ein Geschwür, das Frankreich aussauge. Für sie gibt es nichts, was die Existenz der EU rechtfertigt. In dem unwahrscheinlichen Fall, dass sie kommenden Jahr im Mai zur Präsidentin Frankreichs gewählt würde, wäre ihre erste Amtshandlung diese: „Ich werde mich an die europäischen Instanzen wenden, um die Souveränität Frankreichs zurückzufordern“, sagte sie vor Kurzem. „Ich will die Hoheit über unsere Währung zurück und über unsere Grenzen.“

Die Briten haben sich in den vergangenen Monaten von einer Seite gezeigt, die man von einem weltoffenen Volk nicht erwartet hätte. Das Land ist dadurch nicht sympathischer geworden. Vor allem die Debatte über Einwanderer nahm hässliche, manchmal rassistische Züge an. Britische Journalisten benutzten Kriegsmetaphern, um den Kampf der Lager zu beschreiben. Die große Aufgabe der Regierung und der Parteien liegt nun darin, das gespaltene Land wieder zu vereinen. Europa war nur der Auslöser, nicht die Ursache dieser nationalen Selbstbefragung. Das Königreich zerfasert mehr denn je: in Reich und Arm; in Schotten, Waliser, Nordiren und Engländer; in eine Mittel- und Oberschicht.

Europa schien plötzlich für alles verantwortlich zu sein, was auf der Insel schief läuft. Untergründig aber schwangen wesentlichere Fragen mit: Was für ein Land

wollen wir eigentlich sein? Wie wollen wir leben, wie viel Fremde können wir in unserer Mitte verkraften, wie offen möchten wir sein? So gesehen unterscheiden sich die Briten kaum von Deutschen, Franzosen, Österreichern oder Italienern.

Einzigartig aber ist die Besessenheit der konservativen englischen Elite mit Europa. Die Unwahrheit und Häme, die aus den Seiten der „Daily Mail“ floss, aus der „Sun“, aus dem „Daily Express“, machten sogar manchen Brexit-Befürwortern Angst. Die pakistanischstämmige Tory-Politikerin Sayeeda Warsi wechselte wenige Tage vor dem Referendum die Seiten, sie klagte über Lügen, Hass und Fremdenfeindlichkeit in der Debatte. Der Mord an der Labour-Abgeordneten Jo Cox, die sich für Flüchtlinge und den Verbleib in der EU engagierte, zeigt, wie toxisch die Atmosphäre in England geworden ist.

Die meisten EU-Gegner waren blind für die möglichen Folgen des Austritts. Für Schottland zum Beispiel, wo mit dem Brexit ein zweites Referendum wahrscheinlicher wird und damit eine Sezession. Oder für Nordirland, wo der Frieden wackelt, da die Grenze zur Republik Irland im Süden womöglich dichtgemacht wird. Alex Salmond, der frühere schottische Ministerpräsident, erklärt noch in der Nacht, wenn Schottland gegen seinen Willen aus der EU gezogen werde, könne es ein zweites Referendum über Schottlands Ausstieg aus dem Königreich geben.

Es gibt viele Gründe, an Europa zu zweifeln. Zu unbeweglich war der Kontinent in den vergangenen Jahren, zu selbstverliebt, zu bequem. Einige Brexiteers stellten die richtigen Fragen. Was, wenn die EU ihre hauptsächliche Funktion erfüllt hat, für Frieden und Wohlstand in Europa zu sorgen? Was, wenn die Bürger Europas eine engere Bindung ihrer Länder nicht mehr wünschen? Kann dann die einzige Antwort immer sein: mehr Europa?

Die Union hat jetzt die Gelegenheit, sich neu zu erfinden. Sie muss über neue, lockerere Formen der Mitgliedschaft nachdenken, für Länder wie Großbritannien oder die Türkei, die zwar Handel treiben, aber nicht Teil einer tiefer gehenden Gemeinschaft sein wollen oder können. Komende Woche treffen sich die Staats- und Regierungschefs in Brüssel zum ersten Gipfel nach dem Brexit. Es muss der Beginn eines Neuanfangs werden. Es gibt keine andere Chance.

Martin Hesse, Julia Amalia Heyer, Peter Müller, Ralf Neukirch, Christoph Pauly, Jan Puhl, Christoph Scheuermann, Samiha Shafy, Christian Teevs



**Video:**  
**Die Entscheidung**

spiegel.de/sp262016britannien  
oder in der App DER SPIEGEL